

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.46 M., die Einzelnummer kostet 18 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Die einseitige Zelle oder deren Raum 16 Pf., die Restamezelle 45 Pf. Lieferung der Zeitung / Postk.-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 77

Altensteig, Samstag, den 1. April 1933

56. Jahrgang

Vorläufiges Gesetz für Gleichhaltung der Länder mit dem Reich

Berlin, 31. März. Die Reichsregierung hat das vorläufige Gesetz zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich beschlossen und verkündet. Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes sind folgende:

§ 1 heißt es: Die Reichsregierung ist ermächtigt, außer den in den Landesverfassungen vorgesehene Verfahren Gesetze zu beschließen. Dies gilt auch für Gesetze, die in Artikel 85 Absatz 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetzen entsprechen.

§ 2 lautet: Zur Neuordnung der Verwaltung, einschließlich der gemeindlichen Verwaltung und zur Neuordnung der Zuständigkeiten können die von den Landesregierungen beschlossenen Landesgesetze von den Landesregierungen abweichend die Einrichtung der gesetzlichen Körperschaften als solche nicht berührt werden.

§ 3 besagt: Staatsverträge, die sich auf Gegenstände der Landesgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften.

Vollvertretungen der Länder

§ 4: Die Vollvertretungen der Länder (Landtage, Bürgerparlamente) werden mit Ausnahme des am 5. März 1933 gewählten preussischen Landtages hiermit aufgelöst, soweit dies nicht bereits nach Landesrecht geschehen ist.

Sie werden neu gebildet nach den Stimmenzahlen, die bei der Wahl zum deutschen Reichstag am 5. März 1933 innerhalb eines jeden Landes auf die Wahlvorschläge entfallen sind. Hierbei werden die auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei entfallenden Sitze nicht zugewiesen. Dasselbe gilt für Wahlvorschläge von Wählergruppen, die als Ersatz von Wahlvorschlägen der Kommunistischen Partei anzusehen sind.

§ 5 bestimmt: In den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden werden die Wählergruppen so viele Sitze zugewiesen, als die Verteilungszahl in der Gesamtzahl der für ihre Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen enthalten ist.

Die Verteilungszahl wird festgesetzt für Bayern und Sachsen auf je 40 000, für Württemberg auf 22 000 und für Baden auf 21 000.

§ 6: In den Ländern Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Völske, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe darf die Zahl der Mitglieder der neu zu bildenden Landtage (Bürgerparlamente) die folgenden Höchstzahlen nicht überschreiten: Thüringen 50, Hessen 50, Hamburg 128, Mecklenburg-Schwerin 48, Oldenburg 30, Braunschweig 36, Anhalt 30, Bremen 36, Lippe 18, Völske 64, Mecklenburg-Strelitz 15, Schaumburg-Lippe 12.

§ 7 bestimmt u. a.: Die Sitze werden den Bewerbern aufgrund von Wahlvorschlägen zugesprochen, die die Wählergruppen bis spätestens 13. April 1933 einzureichen haben. Für Einreichung von Wahlvorschlägen sind alle Wählergruppen befugt, auf deren Wahlvorschlag am 5. März 1933 Stimmen entfallen sind; dies gilt nicht für die Kommunistische Partei.

Wahlbewerber, die bis zum 5. März 1933 zur Kommunistischen Partei gehören, werden Sitze nicht zugewiesen.

§ 8: Die neuen Landtage (Bürgerparlamente) gelten mit dem 5. März 1933 auch auf 4 Jahre gewählt. Eine vorzeitige Auflösung ist unzulässig. Dies gilt auch für den am 5. März 1933 gewählten preussischen Landtag.

§ 9: Die Neubildung der Landtage (Bürgerparlamente) nach diesem Gesetz muß bis zum 15. April 1933 durchgeführt sein.

§ 10: Die Zuteilung von Sitzen aus Wahlvorschlägen der Kommunistischen Partei für den Reichstag und den preussischen Landtag aufgrund des Wahlergebnisses vom 5. März 1933 ist unwirksam. Ersetzung findet nicht statt.

§ 11: Eine Auflösung des Reichstages bewirkt ohne weiteres die Auflösung der Vollvertretungen der Länder.

Gemeindliche Selbstverwaltungskörper

§ 12 besagt: Die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper, auf welche die Grundzüge nach Artikel 17 Absatz 2 der Reichsverfassung Anwendung finden, werden hiermit aufgelöst.

Sie werden neu gebildet nach der Zahl der gültigen Stimmen, die bei der Wahl zum deutschen Reichstag am 5. März 1933 im Gebiet der Wahlkörperschaft abgegeben worden sind. Dabei bleiben Stimmen unberücksichtigt, die auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei entfallen sind.

§ 13 legt bei den Vertretungskörperschaften in der unteren Selbstverwaltung (Gemeinde, Stadträte usw.) Höchstzahlen fest. Diese betragen: 1. In den Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern 9, in den Gemeinden bis zu 30 000 Einwohnern 26, in den Gemeinden bis zu 60 000 33 und in Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern 37, in den Gemeinden bis zu 500 000 Einwohnern 63, in den Gemeinden bis zu 600 000 Einwohnern 68 und in den Gemeinden von mehr als 700 000 77.

Die übrigen Vertretungskörperschaften der gemeindlichen Selbstverwaltung sind gegenüber ihrem Bestand vor der Auflösung möglichst um 25 v. H. zu verkleinern.

§ 14 besagt u. a.: Die Sitze werden den Bewerbern aufgrund von Wahlvorschlägen zugewiesen, die die Wählergruppen einzureichen haben.

Zur Einreichung von Wahlvorschlägen sind alle Wählergruppen befugt, auf deren Wahlvorschlag im Gebiet der Wahlkörperschaft am 5. März 1933 Stimmen entfallen sind; dies gilt nicht für die Kommunistische Partei.

§ 15: Die neuen gemeindlichen Selbstverwaltungskörper gelten mit dem 5. März 1933 als auf 4 Jahre gewählt.

§ 16: Die Neubildung der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper nach diesem Gesetz muß bis zum 30. April 1933 durchgeführt sein. — Ausnahmen von dem Gesetz kann auf Antrag einer Landesregierung der Reichsminister zulassen.

Erklärung der Regierung zum Abwehrkampf

Erklärungen Dr. Göbbels

Berlin, 31. März. Vor Vertretern der Presse gab Reichsminister Dr. Göbbels folgende Erklärung ab: Die Regierung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Grenzhege im Ausland im Abflauen begriffen ist. Sie sieht darin einen Erfolg der Boykottandrohung, die die nationalsozialistische Bewegung in den vergangenen Tagen gemacht hat. Sie sieht aber auch weiterhin darin, daß das vereinigte Judentum im Ausland die Möglichkeit hat, diese Grenzhege absolut einzuschränken und einzustellen. Sie ist der Überzeugung, daß die Hege ihren Höhepunkt überschritten hat. Die NSDAP hat im Hinblick darauf beschlossen:

Unter diesen Umständen wird der Boykott am Samstag mit voller Wucht durchgeführt. Er beginnt um 10 Uhr vormittags und erfährt am Samstag abend eine Pause. Er wird ausgelegt bis Mittwoch vormittag 10 Uhr. Falls bis in die Grenzhege absolut eingestellt ist, erklärt sich die NSDAP bereit, den Normalzustand herzustellen. Falls dies nicht der Fall ist, wird der Boykott erneut einziehen mit einer Wucht, die bis dahin nicht dagewesen ist.

Zeitungen fallen nicht unter den Boykott

Berlin, 31. März. Von der NSD. Gau Groß-Berlin, wird mitgeteilt: Um irgendwelchen Zweideutigkeiten vorzubeugen, gibt die NSD., Gau Groß-Berlin, noch einmal bekannt, daß jegliche Zeitungen wie *Ullstein* usw. nicht unter die Boykottanordnung der NSD. vom 31. März fallen. Die gleiche Anordnung gilt für alle lebenswichtigen Betriebe.

Der Boykott-Beginn

Altona, 31. März. Der Boykott jüdischer Geschäfte, der in Altona bereits am Mittwoch einsetzte, hat am Donnerstag noch größeren Umfang angenommen. Die betreffenden Läden, vor denen Posten aufgestellt sind, wurden zumeist mit Aufschriften in Rot und Gelb an den Schaufenstern gekennzeichnet. Um anlässlich des offiziellen Boykottbeginns am Samstag vormittag Schädigungen von deutschen Gewerbetreibenden zu vermeiden, hat der neue Polizeipräsident für Altona-Wandsbek, der nationalsozialistische Abgeordnete des Landtages, Hinrich, der am Mittwoch sein Amt angetreten hat, eine Durchführungsanordnung veröffentlicht, in der der jüdischen Unternehmungen unter Androhung von Geld- oder Haftstrafe auferlegt wird, sich mit Plakaten als „jüdisches Unternehmen“ selbst auszuweisen. Alle Geschäfte, die ganz oder zum Teil in jüdischen Händen sind, oder ganz oder teilweise mit jüdischem Geld betrieben werden, haben gelbe Plakate in der Mindestgröße von 40 auf 50 Zentimeter mit schwarzem Aufdruck „jüdisches Unternehmen“ auszubringen.

Nordhausen a. Harz, 31. März. Die Boykottbewegung setzte hier am Donnerstag vormittag 10 Uhr ein. SA- und SS-Verteiler zogen vor die jüdischen Geschäfte und forderten deren Inhaber zur Schließung ihrer Läden auf. Gleichzeitig wurden rote Plakate mit der Aufschrift angeklebt: „Geschlossen, so lange bis die Weltjuden den Kampf gegen das erwachte Deutschland aufgeben haben.“

Aus Annaberg in Sachsen wird gemeldet: Hier haben am Freitag vormittag vor den jüdischen Geschäften starke SA-Abteilungen Aufstellung genommen und drückten jedem Käufer, der die Läden verließ, einen Stempel mit der Aufschrift: „Wir betrachten Kaufleute bei Juden!“ ins Gesicht. Nach einer Anordnung der NSDAP dürfen die jüdischen Geschäfte erst am Samstag schließen.

In Hachen sind die Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte seit Freitag vormittag bereits im Gange. In Köln wurden jüdische Richter und Rechtsanwälte vorübergehend in Schutzhaft genommen. In Königsberg wurde jüdischen Richtern und Anwälten das Betreten der Gerichtsgebäude verboten. — Gegen die ausländische Grenzhege wandte sich die Hamburger Wertpapierbörse telegraphisch an die ausländischen Börsenstände.

München, 31. März. Der kommunalpolitische Bürgermeister von München, Niebler, hat eine Verfügung erlassen, wonach die in den jüdischen Krankenzustalten beschäftigten jüdischen Ärzte auf die Behandlung jüdischer Patienten sich zu beschränken haben. Die durch diese Anordnung überzählig gewordenen Ärzte sind, soweit sie Beamte sind, zunächst zu beurlauben, soweit sie Dienstvertragsangehörige sind, zum nächst möglichen Zeitpunkt zu kündigen. Dasselbe gilt für Verträge mit jüdischen Schulärzten.

Anordnung 7 des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Grenz- und Boykotthege

München, 31. März. Das Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Grenz- und Boykotthege erläßt eine 7. Anordnung folgenden Inhalts: 1. Allein die Androhung des Boykotts gegenüber dem in Deutschland lebenden Judentum hat ein erhebliches Abflauen der internationalen Hege gegen das Deutsche Reich und die nationale Erhebung zur Folge gehabt. 2. Um die restlose Einstellung dieser insamen Lügehege zu erzwingen, führt das gesamte deutsche Volk von morgen, Samstag 10 Uhr vormittags, ab bis zum Geschäftsschluss am Abend einen absoluten Boykott aller jüdischen Geschäfte, Rechtsanwälte, Ärzte usw. durch. 3. Um dem internationalen Judentum Gelegenheit zu geben, auch die letzten Reste der Auslandshege einzustellen, tritt dann eine Boykottpause bis Mittwochfrüh 10 Uhr ein. 4. Ist bis zu diesem Zeitpunkt auch der letzte Rest der Grenz- und Boykottpropaganda verschwunden, so wird der Abwehrboykott nicht weitergeführt. Sollte das Weltjudentum es aber wagen, der hiermit noch einmal bewiesenen Grobmut des deutschen Volkes zum Trotz die Lügen fortzusetzen, so schwören wir, den deutschen Abwehrboykott durchzuführen bis zur völligen wie wieder gutzumachenden Beseitigung des in Deutschland Gastrecht genießenden Judentums. 5. Parteigenossen, Parteigenossinnen, deutsche Männer deutsche Frauen! Stellt Euch wie ein Mann an die Front! 6. Kein Boykottverstoß betritt ein jüdisches Geschäft! Keine Gewalttat, keine Sachbeschädigung, kein unerlaubtes Vorgehen gegen Ausländer darf die Größe und Würde unseres heiligen Kampfes schänden. 7. Banken dürfen nicht geschlossen werden. 8. Bolschewistische Propaganda, die zu Tötlichkeiten hegen, um unsere große Sache in den Augen der Welt in den Schmutz zu ziehen, sind festzunehmen und der Polizei zu übergeben. 9. Das Weltjudentum hat uns den Redehandschuh hingeworfen. Wir nehmen ihn auf. Zeigt äußerste Disziplin und höchste Geschlossenheit! Es lebe Deutschland! Es lebe die deutsche Revolution! Es lebe der Generalfeldmarschall von Hindenburg! Es lebe der Volkslauger Adolf Hitler!

Entfernung jüdischer Richter und Anwälte von den preussischen Gerichten

Berlin, 31. März. Der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium, Kerl, hat eine Anweisung an sämtliche Oberlandesgerichtspräsidenten usw. erlassen, in der es heißt: In allen Fällen, in denen jüdische Richter sich weigern, ihr Amt auszuüben, ist es dem Justizminister zu empfehlen, diese kraft Hausrechtes das Betreten des Gerichtsgebäudes zu unterlagen. Jüdische Richter erlaube ich nicht mehr einzuberufen. Jüdische Staatsanwälte und jüdische Beamte im Strafvollzug erlaube ich umgehend zu beurlauben. Ich erlaube, mit den Anwaltskammern oder örtlichen Anwaltsvereine zu vereinbaren, daß nur noch bestimmte jüdische Rechtsanwält, und zwar in einer Verhältniszahl, die dem Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur sonstigen Bevölkerung etwa entspricht, auftreten. Wir scheint es selbstverständlich zu sein, daß die Beurlaubung jüdischer Anwälte als Armenanwälte oder Bestellung von solchen als Pflichtverteidiger, zu Konfiskationsverwaltern, Zwangsverwaltern usw. nicht mehr erfolgt.

Drei Schuldige

Von Feuchtwangers Bücher sind bisher auch in Deutschland viel gelesen worden. Ganz besondere Beachtung haben sie in England und Amerika gefunden. Diese Popularität hat Feuchtwanger nicht ungenutzt, indem er über alle Begriffe maßlose und unwahre Angriffe gegen das deutsche Volk in ausländischen Zeitungen richtete. Er wandelte damit in den Spuren Emil Ludwig's, der durch Jahre dem deutschen Volke in der Welt geschadet hat. In diesen beiden hat sich Einigkeit gefestigt, der sich bei der Rückkehr von Amerika in den gehässigen Ausdrücken gegen Deutschland ergangen hat. Dieses Triumpvirat hat eine ungeheure Schuld auf sich geladen vor dem aufgeklärten deutschen Nationalvolk, dessen Segnern sie die geistigen Waffen liefern, aber auch vor ihren jüdischen Mitbürgern in Deutschland, gegen die sie eine gefährliche Welle der Erregung richtete. Mit diesen intellektuellen Schädlingen muß eine nationale Regierung reinen Tisch machen. Der Kampf gegen die Vergiftung der Weltöffentlichkeit in dem die internationale Judenheit zum Teil vorangehoben ist von uns feindlich genannten politischen Drahtziehern, ist aufgenommen. Er muß gewonnen werden, damit die Welt erfährt, daß die Ziele der nationalen Revolution rein sind, daß wir keinen Kampf führen wollen gegen fremde Völker, sondern gleichberechtigt und ehrenvoll mit ihnen arbeiten und leben wollen.



Berliner Blätterstimmen zu den Boykottmaßnahmen

Berlin, 1. April. Der gestern von Reichsminister Dr. Göbbels mitgeteilte Beschluß der Reichsregierung und der NSDAP über die Durchführung des Boykotts findet in der gesamten Berliner Presse ein zustimmendes Echo. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, es kann die politische Wirksamkeit der Aktion im Auslande nur steigern, daß die NSDAP sich entschlossen hat, diesen Boykott nur heute durchzuführen und der Grenzpropaganda eine „Bewährungsfrist“ bis Mittwoch zu bewilligen. Die „Deutsche Zeitung“ sagt, die Erklärung des Propagandaministers Dr. Göbbels, daß der erste Erfolg der Boykottmaßnahme bereits erzielt sei und daher der Boykott provisorisch zunächst nur für den heutigen Tag durchgeführt werden wird, dokumentiert die Stärke des neuen Deutschland. In diesem Sinne ist der heutige Tag ein Martinstag der deutschen Entwicklung. Der „Völkischer“ führt aus, am Vorabend des Bismarckgedenkens hat die Reichsregierung eine Entscheidung getroffen, in der die besten Ueberlieferungen Bismarckscher Staatskunst fortwirken: Festigkeit und Mäßigkeit. Die Erklärung des Reichspropagandaministers bezeugt den Willen, harte Mittel nur dann anzuwenden, wenn die Ursachen der Gegenaktion weiter bestehen; und sie bezeugt, in den Anordnungen für den zeitlich begrenzten Boykott das Maß der Disziplin, das die Reichsregierung bei der Partei voraussehen, von jedem einzelnen Mitglied fordern kann. Es ist ein ungewöhnlicher Kraftbeweis, wenn Partei und Regierung eine Aktion von solcher Wichtigkeit mit der Gewißheit strengen Gehorsams ausführen können, sobald es ihnen geboten erscheint.

Reichsminister Dr. Göbbels über die politische Lage

Berlin, 31. April. Vor den Amiswallern der Berliner Parteiorganisation der NSDAP sprach heute abend Reichsminister Dr. Göbbels in den Tennishallen in Wilmersdorf. Seine Rede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde, ging zu Beginn darauf ein, daß die innere Befreiung Deutschlands in erster Linie den vereinigten Millionenmassen zu danken sei, die in dem festen Gerippe der Parteiorganisation zusammengeschlossen wurden. Die Regierung sei Sachwalter des Volkes, und sie freute sich, mitten im Volk zu stehen. Es wäre irrtümlich, anzunehmen, erklärte der Minister weiter, daß die nationale Revolution sich nur in einer organisatorischen Umstellung des Volks- und Staatskörpers erschöpfen würde. Das sei nicht der Sinn dieser Revolution; er liege im Geistigen. Auch sie wolle mehr: sie wolle die Weltanschauung des Individualismus, die Anbetung der Einzelperson beseitigen und wolle sie ersetzen durch den Gemeinschaftsgeist, der wieder das ganze Volk umfasse. Diese Umstellung erstrecke sich nicht nur auf das politische, sondern auch auf das wirtschaftliche Gebiet. Diese Revolution gehe nicht an den Grundfesten der Wirtschaft vorbei. Wenn bislang das Volk der Wirtschaft diene und diese dem Kapital diene, und wenn in dieser Form der Macht- und Mittelverteilung in der Produktion das zu sehen wäre, was man Kapitalismus nenne, so werde das allerdings beseitigt werden müssen. Es werde umgekehrt sein: Das Geld der Wirtschaft, die Wirtschaft dem Volke, das Volk dem Staate dienend und die Regierung werde als Sachwalter des Volkes oberster Richter über Wohl und Gesundheit des Volkes und der Wirtschaft sein. Der Minister verwahrte sich gegen die einmalige Auffassung in bürgerlichen Kreisen, die Regierung wisse nichts von den 7 Millionen Arbeitslosen, nichts davon, daß die sozialen Fragen der Lösung harren. Die wirtschaftlichen Fragen könnten nicht gelöst werden, wenn man von politischen Nebelhaftigkeiten und Sorgen belastet sei. Die Regierung wisse, daß einmal die Brücke zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft geschlagen werden müsse, daß die Millionenmassen des staatsfremden Kapitalismus nicht damit beseitigt werden, daß man sie in die Zukunft schiebe, sondern daß sie dem neuen Staat gewonnen werden müßten. Man habe so oft früher gesagt, wer die Jugend habe, habe die Zukunft. Die NSDAP habe den Satz umgekehrt: weil sie die Zukunft habe, darum konnte sie die Jugend gewinnen und mit ihr einen Träger des Staates, der nie versagen werde.

Die Kabinettsitzung vom Freitag

Berlin, 31. März. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Freitag das sogenannte Gleichschaltungsgefeß endgültig angenommen. Ferner wurde eine Reihe von Personalfragen erledigt. Das Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Jarden wurde genehmigt und als sein Nachfolger der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Reinhardt in Aussicht genommen. Als Staatssekretär für den freiwilligen Arbeitsdienst wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Oberst a. D. Hierl in Vorschlag gebracht. Gleich zu Beginn seiner Sitzung hatte sich das Kabinett außerdem mit Fragen der Reform der Gewerkschaften befaßt. Außerdem wurde in einer Ministerbesprechung die Boykottfrage eingehend erörtert.

Der Republikanische Schutzbund in Oesterreich aufgelöst

Wien, 31. März. Bundeskanzler Dollfuß hat mit Zustimmung der Regierung die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes für das ganze Bundesgebiet verfügt. In der Begründung des Verbotes wird auf verschiedene Abendbrunnen und Gewalttätigkeiten gegen die Bevölkerung und gegen die staatlichen Exekutivorgane sowie auf die in Tirol beschlagnahmten Dokumente verwiesen, die die Vorbereitung eines bewaffneten Widerstandes einwandfrei erhärten. Jeder Widerstand gegen diese Verfügungen werde mit allen Mitteln unterdrückt werden. Die heimtückliche und freudliebende Bevölkerung wird aufgefordert, Ruhe und Disziplin zu bewahren und die Regierung zu unterstützen, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Aufrechterhaltung der Sicherheit von Staat und Bevölkerung gewährleisten werde. Am Freitag morgen ist eine Kompanie des Bundesheeres von Wien nach Hirtenberg abgegangen und hat die dortige Patronenfabrik besetzt. Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, ist der Zweck der Besetzung, die rechtlichen Behände von italienischen Gewehren, die in Hirtenberg vor dem Rücktransport repariert werden, vor dem Zugriff primitiver Formationen zu sichern und ein Vorgehen solcher Formationen gegen die Fabrik im Keime zu erlösen.

Blatzreise des Ministerpräsidenten von Epp

Reiseresultaten, 31. März. Der kommissarische bayerische Ministerpräsident General Ritter von Epp trat hier ein. Beim Empfang auf dem Ausstellungsgelände dankte Ministerpräsident von Epp herzlich ergriffen für den ihm auf seiner Reise durch die Pfalz zuteil gewordenen herzlichen Empfang und wies in seiner Ansprache besonders darauf hin, wie schwer die Gebiete am Rhein in der 80-Kilometer-Zone durch die Härten des Versailler Vertrages getroffen seien. Aber der Drang der Jugend zur Wehrhaftigkeit lasse sich auf die Dauer nicht verhindern. In seinen weiteren Ausführungen versicherte General von Epp die pfälzischen Landesleute, daß sie stets damit rechnen könnten, daß das Reich mit seiner ganzen Volkskraft an ihrer Seite stehe.

Vorstand der SPD zum Austritt von Wels aus der Internationale

Berlin, 31. März. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet beschäftigte sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am Freitag mit dem Austritt des Parteivorstandes Wels aus dem Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird von der SPD mitgeteilt: „Der Vorstand hält das Verhalten von Wels für begründet, da die Beschlüsse des Büros der Sozialistischen Arbeiterinternationale neben politischen auch organisatorische Maßnahmen betreffen, die ohne die Mitwirkung der Deutschen Sozialdemokratie zustande gekommen sind. Die Verantwortung für so zustande gekommene Beschlüsse muß die deutsche Sozialdemokratie ablehnen. Sie wird zu diesem Verkommnis Stellung nehmen, sobald sie dazu in voller Freiheit in der Lage ist.“ Ueber die Frage, ob die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nun offiziell ihren Austritt aus der zweiten Internationale vollziehen will, sagt der Beschluß des Parteivorstandes nichts.

Neues vom Tage

Alfred Rosenbergs, Chef des außenpolitischen Amtes der Nationalsozialistischen Partei

Berlin, 31. März. Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, hat folgende Verfügung erlassen: Ab 1. April 1933 wird ein außenpolitisches Amt der NSDAP eingerichtet. Zum Chef des außenpolitischen Amtes ernenne ich Parteigenosse Alfred Rosenbergs.

Große Fahnenweihe auf dem Tempelhofer Feld

Berlin, 31. März. Auf dem Tempelhofer Feld findet am Samstag eine Fahnenweihe von 67 Fahnen statt. Die NS-Beamtenabteilung hat, die der Abteilungsleiter Dr. Habicus, M.d.R., vornehmen wird. Im Anschluß hieran findet ein Vorbeimarsch der Fahnenabteilungen an den Reichsministern Göring und Dr. Frick statt.

Der ehemalige Kaiser kehrt vorläufig nicht nach Deutschland zurück

Bad Homburg, 31. März. Die Generalverwaltung des vormals regierenden preussischen Königshauses hat an den Magistrat der Stadt Homburg im Auftrage Kaiser Wilhelms ein Schreiben gerichtet, in dem zunächst der Stadt Bad Homburg für den Beschluß Wilhelm den Zweiten zu bitten, die Stadt Bad Homburg als künftige Residenz auszuwählen, gedacht wird. Aus schwerwiegenden grundsätzlichen Erwägungen habe der ehemalige Kaiser vorläufig nicht die Absicht, in die Heimat zurückzukehren. Sollte sich, so schließt das Schreiben der Generalverwaltung, eine Rückkehr, so wie wir alle hoffen, dereinst ermöglichen, so wird, derselben wollen Sie versichert sein, Bad Homburg a. d. H. nicht vergessen werden.

Flugzeugkatastrophe in Kansas — Elf Tote

Topeka (Kansas), 31. März. Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich in der Nähe der im Südosten des Staates Kansas gelegenen Ortschaft Keosauqua. Ein Flugzeug, das eine landesweite Sportmannschaft zum Austrag eines Kampfpieles nach Keosauqua bringen sollte, stürzte ab. Elf Personen sollen getötet, drei schwer verletzt sein.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 1. April 1933.

Bericht über die Gemeindefestigung vom 30. März 1933

Anwesend: Der kommissarische Stellvertreter als Vorsitzender und zehn Stadträte. In seinen Einleitungsworten führte der Vorsitzende aus, daß sich in den vergangenen Wochen staats- und gemeindefestigungspolitische Umwälzungen von großer Tragweite vollzogen hätten. Was die staatspolitische Seite anbelangt, so konnte er mit einstimmiger Zustimmung feststellen, daß sowohl die Stadt, Beamten, als auch der Gemeinderat sich mit beiden Füßen auf den Boden der neugeschaffenen Lage stellen. Er streifte die gemeindefestigungspolitische in vorläufiger Weise vollzogene Aenderung und bemerkte, daß in letzter Zeit durch politische Vorkommnisse und durch härteres Hervortreten der bestehenden dienstlichen Vertrauensverhältnisse eine Atmosphäre sich gebildet habe, die auf irgend eine Art zur Explosion kommen mußte. Die Uebernahme der Stellvertretung bedeute für ihn ein großes persönliches Opfer. Eine objektive, unvoreingenommene Klarstellung werde nun folgen. Aus der Abwicklung der Tagesordnung ist folgendes bemerkenswert: Besichtigung bei Gebr. Rath's Neubauplatz: Der Kurzverhandlung am Weg nach Walldorf wurde zugestimmt. Den erforderlichen Platz von ca. 80 qm gibt die Firma Rath zum Preis von 1 Mk. pro qm ab. Die übrig bleibenden Steine gehören der Fa. Rath. Statt einer 40 Millimeter Waffenseileitung soll sofort eine 70 Millimeter-Leitung gelegt werden. Die Mehrkosten von ca. 75 Mk. werden auf die Stadtkasse übernommen. Wegen evtl. weiterer Straßenerweiterung soll mit dem Angreifer Silber, nötigenfalls auch Braun verhandelt werden. Das Stadtbauamt wird wegen günstiger Gestaltung der Tragfähigkeit der Ankerbrücke durch Anbringung von Verstärkungen das Erforderliche veranlassen. Wegen der zulässigen Belastungshöhe dieser Brücke, der Fahrgeschwindigkeit usw. wird in Verbindung mit einschlägigen Fällen die Erhaltung ortspolizeilicher Vorschriften und die Anbringung von Verkehrszeichen notwendig werden. Plakataufstellung an Firma Oka: Zur Erweiterung ihres Fabrikgebäudes und zur Anordnung des Gesamt-

anwehens benötigt die Firma ca. 10 Ar anstehendes Bruchgelände. Der Plakataufstellung wird grundsätzlich zugestimmt; über die Preisfrage ist vor Baubeginn noch eine Einigung herbeizuführen.

Die Bepflanzung von Feldweg 4 mit etwa zwanzig Obstbäumen wird genehmigt. Einige Waldsachen finden rasche Erledigung. Ein kleines Rundholzquantum wird an Karl Waidlich, Hochdorf, verkauft. Die Entscheidung über einen Stammholzaufschlag an die Fa. Hatzelner & Klumpf wird zurückgestellt, bis über eine andere, die gleiche Firma betreffende Angelegenheit Uebereinstimmung erzielt ist. Klodann kann der städtische Forstmeister in Verbindung mit der Stadtpflege und dem Vorsitzenden bei Erreichung eines entsprechenden Gebots und Vereinbarung koalitionsfähiger Zahlungsbedingungen den Verkaufszuschlag erteilen. Ein Gesuch der Neuhausbesitzer um Gebäudemietsteuerbefreiung wird an die Steuerabteilung verwiesen, die eine individuelle Behandlung zur Richtschnur nehmen soll. Der Ausschreibung des diesjährigen freiwilligen Arbeitsdienstes in ein geschlossenes Stammlager mit einer Besatzung von 100-150 Mann steht der Gemeinderat durchaus sympathisch gegenüber. Die Durchführung hängt allerdings davon ab, daß für eine geeignete Unterkunft gesorgt wird. Im Besonderen von Lagerleiter Kapp wird diese Frage besprochen und Lösung in entgegenkommendem Sinne zugesagt.

Dem städtischen Straßewart Kohler wird aus Anlaß seines 25jährigen Dienstjubiläum eine Jubiläumsgabe von 50 Mk. bewilligt. Die durch Aufhebung des Korpssports freigeordneten Turnabend sind unter der Deutschen Turnerschaft und dem Junglingsverein aufgestellt worden. Studienrat Luer, der nach Ebingen überfiedelt, hat einen Bauplatz in der Reule der Stadt zum Kauf angeboten. Der Gemeinderat ermochte bei den augenblicklichen finanziellen Verhältnissen und dem geforderten Preis kein Kaufsinteresse an den Tag zu legen.

Aus dem Körperschaftsbeamtenverein Nagold. Die Ortsvorsteher und Körperschaftsbeamten, sowie die Stadt- und Gemeindepfleger des Bezirks Nagold verarmelten sich in städtischer Zahl im Mittwoch, den 29. März ds. Js. im „Kappen“ in Bödingen. Nach Begrüßung der Versammlung, besonders auch der Gäste, und der Begrüßung unserer Kollegen Widmann-Gültlingen und Wegger-Simmersfeld zu ihren einmütigen Wiederwahlen kam der Vorsitzende, Bürgermeister Maier-Nagold auf die seit der letzten Zusammenkunft eingetretenen politischen Ereignisse zu sprechen, die gerade die Vertreter der Gemeinden und des Bezirks besonders betreffen. Es ist nach den langjährigen schweren politischen Kämpfen, die den Vaterlandsfreund mit schweren Sorgen für die Zukunft erfüllten, das Wunderbare eingetreten, daß das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit sich wieder gefunden hat und in Einigkeit das Werk seiner Rettung, seines Wiederaufbaues und seiner Befreiung unter der Führung von Hindenburg und Adolf Hitler vollziehen will. Das Volk hat den Glauben an seine Zukunft und die Hoffnung auf Besserung wieder gefunden. Wir in unserem ländlichen Bezirk mit der so sehr am Boden liegenden Land- und Forstwirtschaft und dem besonders notleidenden Handwerker- und Arbeiterstand begrüßen diese Entwicklung schon um deswillen, weil alle unsere Bemühungen in den vergangenen Jahren für diese Erwerbsstände und besonders für unsere Waldwirtschaft völlig erfolglos waren. Wir wollen unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß das große Werk des Wiederaufbaues der nationalen Regierung gelingt und ihre Ziele erreicht werden. Nicht einer ist unter uns, der nicht hinter der Regierung steht und ihre schwere und gewaltige Arbeit nicht unterstützt und in jeder Beziehung fördert. Wir werden, wie bisher, so auch künftig, bis zum äußersten unsere Pflicht tun und wir wollen unsere Gemeinden und unseren Bezirk in Ordnung halten und zwar nicht bloß die materiellen Grundlagen, sondern auch die geistlich-sittlichen und kulturellen Belange unserer Bevölkerung im Zusammenwirken mit Kirche und Schule wahren und fördern. Andererseits gehen wir davon aus, daß wir in der Erfüllung unserer schweren Aufgaben im Interesse der Gemeinden von allen Seiten unterstützt werden und wir sind überzeugt, daß die Regierung unserer Arbeit und unserem Stande, der gerade heute im Brennpunkt des Geschehens ist, Schutz und Hilfe angedeihen läßt. — Daraus wurde in die Tagesordnung eingetreten. Besprochen wurde die Veränderung des Innenministeriums zum Volkstag des Polizeistrafverfügungsgesetzes vom 31. Dezember 1932 (RegBl. 1933 S. 2) mit den neuen Verfahrensvorschriften für die polizeilichen Strafverfügungen. Ebenso der Ministerialerlaß vom 30. November 1931 (Min.Amtsbl. S. 224), wonach Uebertretungen nur noch verfolgt werden sollen, wenn es das öffentliche Interesse verlangt, während vorher von einer Verfolgung abgesehen werden konnte, wenn die Schuld des Täters gering und die Folgen der Tat unbedeutend waren. — Die Aufstellung der Voranschläge 1933 muß heuer bei den ganz unzulänglichen Mitteln besonders sorgfältig und peinlich erfolgen. — Landrat Baitinger erläuterte die Vorschriften über die Waffenablieferung und ermahnte zu deren genauer Durchführung. — Von anderer Seite wird die gegenwärtige Tätigkeit des Gemeindefestigungsvereins hervorgehoben. Bei seinen großen Auswendungen, besonders auf dem Gebiete der Haftpflicht, sei es Pflicht der Gemeinden, daß sie auch dem Verein beistehen. Einer Herabsetzung der hohen Haftpflichtversicherungsprämien für die Herrenhaltung wurde das Wort geredet, nachdem die gesetzliche Haftpflicht für die Herren, wie Veterinärarzt Dr. Kehler ausführte, eine ziemlich beschränkte sei. — Den Haupt- und Höhepunkt der Zusammenkunft bildete das 25jährige Dienstjubiläum des Kollegen Broh in Bödingen, über die an dieser Stelle schon berichtet wurde. In seltener Einmütigkeit wurde die Arbeit des Jubilars gewürdigt und anerkannt und man freute sich, daß gerade in der heutigen schweren Zeit eine solche Einmütigkeit und Geschlossenheit in den Gemeinden noch vorhanden ist. Möge nun der Jubilar bei guter Gesundheit und dem ihm eigenen Humor noch lange zum Segen für seine Gemeinde wirken.

Allgem. Orts- (Bezirks-)Krankenkasse Nagold. Wie aus dem Inseratenteil der heutigen Zeitung ersichtlich, sind die Krankenterversicherungsbeiträge vom 1. April 1933 an auf 6 Prozent des Grundlohns ermäßigt worden. Dabei muß erneut hervorgehoben werden, daß dieser Beitragssatz nur durchgehalten werden kann, wenn bei Inanspruchnahme der Kasse nur das absolute Notwendige gewährt und den Sparmaßnahmen der Verwaltung das nötige Verständnis entgegengebracht wird. Vielleicht ist später eine weitere Beitragssenkung möglich, wenn im Sinne der neuen Regierung das Allgemeininteresse dem Eigenem des Einzelnen vorangestellt wird und wenn die Regierung die erforderlichen Schritte zu einer Kürzung derjenigen Ausgaben der Krankenkassen unternimmt, auf welche die Rassenverwaltungen keinen Einfluß haben. Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge und die Abgabe zur Arbeitsloshilfe haben keine Aenderung erfahren. Leider muß die Krankenkasse auch diese Beiträge zum Eingang bringen. Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge und die Abgabe zur Arbeitsloshilfe müssen aber nach Abzug der festgelegten Ein-



zuggebühren reiflos an das Landesarbeitsamt Stuttgart abgeführt werden. Dies wird anscheinend von den Zahlungspflichtigen vielfach übersehen.

Jubilare. Heute sind es 25 Jahre, daß Martin Mejer, Vorstandsmittglied der Gewerbedank Altkreis, in die Bank eingetreten ist. In treuer Pflichterfüllung hat er all die Jahre seine Arbeitskraft dem Bankinstitut zur Verfügung gestellt. In diese 25 Jahre fallen Kriegs-, Inflations- und Deflationszeiten, Zeiten, die an die Beamten der Bank- und Kassensysteme die allergrößten Anforderungen stellten und die auch ihm ein gerüttelt Maß aufreibender Arbeit gebracht haben. Die bescheidene und freundliche Art des Herrn Mejer hat ihn überall beliebt gemacht. Die Bank hat den tüchtigen Mitarbeiter in ihrer vor acht Tagen stattgefundenen Generalversammlung geehrt. Möge seine weitere Tätigkeit bei der Bank eine recht erfrischliche und ihn befriedigende sein. — Ein Mitglied unserer Stadtgarde, der städtische Straßenwärtler Kohler, kann ebenfalls auf 25jährige Tätigkeit bei der Stadt zurückblicken. Der Gemeinderat hat ihm aus diesem Anlaß, seine Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit würdigend, eine Jubiläumsgabe von 50 Mark verwilligt.

Die Postverbindung nach Enzlwilerle bleibt erhalten, wenn auch die Privatkraftverbindung zunächst eingestellt wird. Die Verbindung wird durch einen laufenden Boten hergestellt. Durch diese Verbindung tritt in der Zustellung unserer Zeitung keine Veränderung ein.

Sein Mandat niedergelegt. Wie wir hören, ist Postassistent Wieland als Stadtrat zurückgetreten, weil sein Sitz als zur SPD. gehörend betrachtet wurde.

Garrweiler, 1. April. (Ausgrabungen.) Wie die Sage sagt, steht Garrweiler auf zweitem Grund. Das erste Garrweiler stand der Sage nach auf der Tränkweise. Heute mittag sollen Grabungen vorgenommen werden, ob nichts mehr zu finden ist.

Magold, 1. April. (Trauerfeier für Dr. Kühle.) Für den so rasch und viel zu früh aus dem Leben und aus seinem Schaffen gerissenen Student Dr. Kühle fand gestern mittag eine schlichte und ergreifende Trauerfeier vor dem Trauerhaus in der Emminger Straße statt. In all den Belletristikgebungen und Nachrufen kam die große Wertschätzung und die allseitige Beliebtheit des Entschlafenen zum Ausdruck. Die Realschule mit Lateinabteilung verliert in Student Dr. Kühle einen hervorragend tüchtigen und erfolgreichen Lehrer, der die hohe Eigenschaft hatte, sich in die Seelen seiner Schüler einzuleben und ihnen ein warmherziger väterlicher Führer und Berater war. Mitten aus seinem Schaffen wurde Dr. Kühle in dem Augenblick herausgerissen, da er sich im Knabenschulhaus mit großer Liebe und Sachkenntnis seine Arbeitstätte neu gestaltet hatte. Unergeßlich wird er all denen bleiben, die ihn näher kannten und denen er Freund sein konnte. Nach der Trauerfeierlichkeit erfolgte die Ueberführung nach Ehlingen, wo die Beisetzung erfolgte. Seine Klasse sowie Herr Oberstudienrat Ulrich und weitere Herren des Lehrkörpers wohnten der Zuhilfenahme in Ehlingen bei.

Calw, 31. März. In der gestrigen Gemeinderatsung wurde die Verlängerung der auf Ende März dieses Jahres zur Rückzahlung fälligen städtischen Baudarlehen wiederum auf zwei Jahre verlängert, da es den Schuldneern unmöglich ist, in der jetzigen Zeit Geld aufzutreiben und die Anleihen zurückzahlen. — Zwei Gesuche um Abgabe von städtischen Bauplänen werden genehmigt. Der eine Bauplan an der Kapellenbergstraße wird zu 350 Mark und der andere in der Altbürger Vorstadt zu 2 Mark der qm abgegeben. — Dem Bodhalter wurde das Warfgeld auf jährlich 300 Mark erhöht; die Zahl der Ziegen beträgt hier 90.

Liebenzell, 31. März. (Amtseinführung.) Heute mittag um 4 Uhr wurde der neu gewählte Bürgermeister Klepper unter Anwesenheit von Landrat Rippmann aus Calw, der Stadträte und des Kuratoriums, sowie vieler auswärtiger Vertreter, feierlich in sein Amt eingeseht.

Freudenstadt, 31. März. (Entlassungen aus der Schutzhaft.) Vorgestern nachmittag wurden von dem am letzten Samstag in Schutzhaft genommenen Personen wieder zehn Schutzhäftlinge auf freien Fuß gesetzt. Unter den Entlassenen befindet sich auch Bürgermeister Roth von Loßburg, der, wie wir hören, auf sein Bürgermeistertamt verzichtet haben soll. Ein Teil der am Samstag in Schutzhaft genommenen wurde heute auf den Heuberg verbracht.

Baiersbronn, 31. März. Nach fast 30jähriger Tätigkeit am hiesigen Postamt tritt Postmeister Keller in den Ruhestand.

Baiersbronn, 1. April. Das Doktorhaus in Baiersbronn hat wieder neue Bewohner bekommen. Dr. Buchheim, der erste Militärarzt des Bezirkskrankenhauses in Freudenstadt, wurde als Nachfolger des weithin bekannten im vorigen Jahre verstorbenen Dr. Wilhelm Zimmer zum Ortsarzt von Baiersbronn gewählt. Der Name des neuen Arztes hat im Gemeindebezirk einen guten Klang, denn die langjährige Tätigkeit im Bezirkskrankenhause Freudenstadt hat ihn gar manchem Baiersbronner näher gebracht.

Hochdorf, 30. März. (Aus der Schutzhaft entlassen.) Zu der Inhaftnahme von Bürgermeister Pfeifle-Hochdorf erfahren wir, daß die erwahtenen Waffen vorchristlich angemeldet waren. Bürgermeister Pfeifle und Gemeinderatsmitglied Anjett sind gestern aus der Schutzhaft entlassen worden.

Wullendorf, 30. März. (Waldbrand.) Mittwochtag wurde die Feind. Feuerwehr Wullendorf alarmiert. Im Gewann Brauwinkel, der hochholzerischen Grenze zu, war in einer sechsjährigen Tannekultur ein Feuer ausgebrochen. Das Feuer griff bei der großen Sonnenwärme rasend um sich, so daß in einem zweiten Alarm auf jugendliche Hilfsmannschaften (etwa 200 Mann) zum Grabenbau und zu sonstigen Abwehrmaßnahmen herbeigerufen werden mußten. Der Schaden der Brandkatastrophe ist sehr groß. Der Bestand von 40 Morgen Fläche wurde vernichtet, dazu noch eine kleinere Fläche von zwanzigjährigem Kulturbestand. Die Brandursache ist geklärt. Das von den Waldarbeitern gemachte Feuer wurde von einem Wirbelwind erfaßt, der die Funken in die Kultur trug.

Ludwigsburg, 30. März. Möglich und unerwartet ist gestern mittag Amtsgerichtsdirektor Karl Ushöfer, der Vorstand des hiesigen Amtsgerichts, gestorben. Im Alter von 68 Jahren erlag er nach einem Krankenlager von nur wenigen Tagen einer schweren Lungenentzündung. (Amtsgerichtsdirektor Ushöfer war vorher Vorstand des Ragolder Amtsgerichts und eine sehr geschätzte Persönlichkeit.)

Stuttgart, 31. März. (Werbewoche des BDA.) Staatspräsident Murr hat die Schirmherrschaft über die Werbewoche übernommen, die der Landesverband Württemberg des Vereins für das Deutschtum im Ausland in der Zeit vom 20. bis 31. Mai ds. Js. im ganzen Lande abhält.

Waffenfunde. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Das Kommando der Schutzpolizei hat in den letzten Tagen in den östlichen Stadtteilen und in Heselach zahlreiche Häuser nach Waffen durchsuchen lassen. Große Mengen von Waffen aller Art konnten beschlagnahmt werden. Unter dem Eindruck dieser systematischen Entwaffnungsaktion sind weiterhin in den letzten Nächten vielfach Waffen aller Art, darunter scharfe Handgranaten, auf der Straße hinterlegt und dort bei Tagesanbruch von Polizeistreifen gefunden worden.

Der Bizekanzler und der Reichsaußenminister kommen zum Deutschen Turnfest. Auf die Einladung der Deutschen Turnerschaft zur Teilnahme am Deutschen Turnfest 1933 in Stuttgart haben Bizekanzler von Papen und Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath mitgeteilt, daß sie dem Fest beiwohnen werden. Der Reichspräsident von Hindenburg, der am Besuch verhindert ist, wünscht der Veranstaltung vollen Erfolg.

Eine „Adolf-Hitler-Schule“. Staatskommissar Dr. Strölin hat aus Anlaß der Schulabschlussfeiern die Realschule in „Adolf-Hitler-Schule“ umbenannt.

Württ. Staatstheater. Die Württ. Landestheater haben eine Umbenennung in Württembergische Staatstheater erfahren.

Stellvertretender Gauleiter. Staatspräsident Murr hat bis auf weiteres den Gauleitersführer Friedrich Schmidt, M.D.R., mit den vollen Befugnissen eines Gauleiters zu seinem Stellvertreter bestellt.

Niederstetten, 31. März. (Uebertretung des Schächtverbots.) Ein hiesiger Israelit wurde beim Schächten einer Ziege erwischt und sofort in Strafe genommen.

Gröningen, 31. März. (Eindbruch im Rathaus.) Dieser Tage wurde im Rathaus ein Einbruchdiebstahl verübt. Gestohlen wurden außer einem größeren Geldbetrag noch verschiedene andere Wertgegenstände.

Göppingen, 31. März. (Ins Konzentrationslager.) Am Donnerstag ist wieder ein größerer Transport Schutzhäftlinge von hier und aus dem Bezirk ins Konzentrationslager abgegangen. Unter den Betroffenen befinden sich auch die hiesigen Führer der Eisernen Front und der sozialdemokratischen Partei, sowie der Redakteur der verbotenen „Freien Volkszeitung“ Kohler.

Friedrichshafen, 31. März. (Tödlia verunglückt.) Dienstagabend verunglückte der 27 Jahre alte Turner Ludwig Meneghini, der als Schlosser im Naabach-Motorenbau beschäftigt war, in der Turnstunde des Turnvereins bei Ausführung eines Hochsprungs. Meneghini zog sich bei seinem Sturz einen Wirbelsäulen- und Rückenbruch zu, an dessen Folgen er gestorben ist.

Som bayerischen Allgäu, 31. März. (Ein ungetreuer Beamter.) Das Gericht in Memmingen verurteilte den verheirateten 45 Jahre alten Volkstredungssekretär Karl Jakob von Mertissen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis wegen Amtsunterschlagung. Er hatte in nicht weniger als 45 Fällen amtliche Gelder in Höhe von 3000 RM. unterschlagen, die er in Alkohol verwandelte.

Tränengasbomben in den Warenhäusern Tieg und Schoden

Stuttgart, 31. März. Am Freitag nachmittag gegen 5 Uhr wurden von noch unbekanntem Täter im Kaufhaus Tieg Tränengasbomben geworfen und zwar in der Lebensmittelabteilung in der Schmalstraße und im Lebensmitteladen an der Königstraße. Beide Räume, in denen ein großer Publikumsvorkehr herrschte, mußten sofort geräumt und die Verkaufstätigkeit eingestellt werden. Die Räume sind völlig verpakt und können nur langsam entlüftet werden. Die Kriminalpolizei, die sofort gerufen wurde, konnte noch einen Verdächtigen festnehmen. Das gleiche ereignete sich im Kaufhaus Schoden fast um dieselbe Zeit, das Kaufhaus verweigerte aber auf telephonische Anfrage jede Auskunft. Auch hier wurde die Polizei gerufen. Personen haben durch das Bombenwerfen so viel bis jetzt festgestellt werden konnte, keinen ernstlichen Schaden genommen. Infolge der Verfälle gab es auf der Straße vor beiden Warenhäusern große Menschenansammlungen.

Am Baden

Worzhelm, 31. März. (Selbstmord des Leiters der Wörzheimer Ortskrankenkasse.) — Die Ortskrankenkasse polizeilich besetzt. Der Leiter der hiesigen Ortskrankenkasse, Verwaltungsdirektor Otto Gaenzle, wurde heute morgen auf seinem Gartengrundstück im Hagenfeld in der Nähe des Schützenhauses erhängt aufgefunden. Gaenzle hat sich in aller Frühe von zu Hause entfernt und soll einen Abschiedsbrief hinterlassen haben. Er stand im Alter von 55 Jahren, gehörte der SPD. an und war 30 Jahre lang bei der hiesigen Ortskrankenkasse. Nachdem gestern der Selbstmord des Verwaltungsdirektors Otto Gaenzle bekannt geworden war, hat die beauftragte Regierung in Karlsruhe sofort eingegriffen, um die Vorgänge bei der Wörzheimer Ortskrankenkasse zu klären. Der Kreisleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Hermann Ziegler, wurde jenenmündlich beauftragt, die Vorgänge und den Geschäftsbetrieb bei der Ortskrankenkasse zu untersuchen und nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln durchzugreifen. Das Gebäude der Ortskrankenkasse wurde deshalb gestern polizeilich besetzt. Herr Ziegler, der vom Reichsbeauftragten Wagner ehrenamtlich zum Hilfsvereinsamtsleiter für die Ortskrankenkasse und das Versicherungswesen in Wörzhelm ernannt ist, begab sich in Begleitung des stellvertretenden Kreisleiters, Fabrikant Willi Lichtensels, zur Ortskrankenkasse. Allen wurden beschlagnahmt und mehrere Beurlaubungen ausgesprochen. Ihrer Geschäfte vorläufig entbunden wurden der Kassenvorstand Joseph Berthel und der stellvertretende Verwaltungsdirektor Bruno Hamann; Oberkontrollant Friedrich Wundram befindet sich zur Zeit in einem Krankheitsurlaub. Berthel und Hamann ist die Zeichnungsberechtigung entzogen worden. An ihrer Stelle zeichnen vorläufig Kreisleiter Hermann Ziegler als Sonderbeauftragter und Fabrikant Willi Lichtensels, der in der hiesigen NSDAP. Vorsitzender des Kreisuntersuchungs- und Schlichtungsausschusses (Uchla) ist. Der Hausmeister der Ortskrankenkasse hat gestanden, daß am vergangenen Samstag und Sonntag Allen der Geschäftsführung verbrannt worden sind. Er wurde daraufhin in Haft genommen. Er gab an, die Allen auf Anordnung des inzwischen aus dem Leben geschiedenen Direktors Gaenzle selbst verbrannt zu haben.

Karlsruhe, 30. März. (Geflüchtet.) Seit Monaten schwebte gegen den jüdischen Inhaber der Hartenfabrik Meerschel in Unterzombach ein Verfahren wegen Desionenergehen. Es soll sich dabei um einen nach Holland verschobenen Betrag von insgesamt einer Million holländischer Gulden handeln. Er ist dann unter Witnahme erheblicher Werte nach Holland geflüchtet. Anlässlich einer Sitzung der bei der Flucht zurückgelassenen Bücher und Belege bei der Firma in Unterzombach kamen dann die Verrechnungen des Betriebsprüfers Dr. Keller vom Landesfinanzamt Karlsruhe der vorgelegten Behörde zur Kenntnis, wobei unter anderem auch Empfangsbestätigungen über angeblich an den Buchprüfer Dr. Keller gegebene Darlehen in Höhe von 2000 Mark vorgefunden wurden. Dr. Keller wurde bekanntlich in der vergangenen Woche verhaftet und befindet sich seitdem in Unterzombach. Weiter wurde auch der Profabrik der Unterzombacher Firma namens Bar verhaftet und ein Verfahren wegen Mitschuldhaft und Begünstigung unredlicher Wuchergeschäften eingeleitet.

Kleine Nachrichten aus aller Welt
Politischer Nord bei Opladen? Am Rheindamm zwischen Levertun und Rheindorf wurde ein 60jähriger Arbeiter aus Wiesdorf mit einer Schädelverletzung tot aufgefunden. Die Art der Verletzung läßt auf einen Nord schließen. Der Arbeiter gehörte der NSDAP. an.
Citroen-Arbeiter angepörrert. Von der Absperrung bei den Citroenwerken in Paris werden insgesamt 16 000 Metallarbeiter betroffen.
Wahsinnigewehe im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Bei einer Durchsuchung der Räumlichkeiten des Gewerkschaftshauses durch die Polizei fand man ein Wahsinnigewehe und über 1000 Schuß Munition, sowie andere Waffen. Das Gewerkschaftshaus dürfte voraussichtlich geschlossen werden.
Ein Kommerzienrat in Schutzhaft. Der Generaldirektor der Löwenbrauerei München, Dr. Hermann Schüle wurde außerhalb Tegernsee in dem Moment durch die Grenzpolizei verhaftet, als er mit seinem Wogen in Begleitung seiner Frau und Tochter die Grenze überschreiten wollte. Er wurde nach München gebracht und in Schutzhaft genommen.
Neunzehnjähriger erschießt 16 Jahre altes Mädchen. Am Donnerstagabend hat der 19jährige Bauzeichner Rene Klein in Frankenthal die 16jährige Hilbe Benz durch einen Schuß aus einer Selbstladepistole verletzt und sich selbst hierauf erschossen. Die Verletzte wurde ins Krankenhaus verbracht. Lebensgefahr besteht nicht.
Wirbelsturm in Texas und Arkansas. Im östlichen Teil von Texas und im Südwesten von Arkansas wurde durch einen Wirbelsturm schwerer Schaden angerichtet. In den Städten Center (Texas) und Eldorado (Arkansas) wurden mindestens 23 Personen getötet und zahlreiche verletzt.

Letzte Nachrichten

Austritt des ADGB. aus der Gewerkschaftsinternationale
Berlin, 1. April. Wie der „Börsezeitung“ aus Gewerkschaftskreisen verlautet, wird, nachdem die SPD. aus der Sozialistischen Arbeiterinternationale ausgetreten ist, auch unterzüglich der Austritt des ADGB. aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund erfolgen.

Diese Maßnahme des ADGB. steht, wie das Blatt hört, mit den Schritten der SPD. in keinem Zusammenhang. Sie soll vielmehr zu Beginn der vergangenen Woche bereits beschlossen worden sein. Das Verhältnis zwischen dem ADGB. und der Gewerkschaftsinternationale habe sich in letzter Zeit erheblich gelockert.

Warnung vor kommunistischen Provokateuren. — Plünderungsabsichten in SA-Uniform getarnter Kommunisten
Berlin, 31. März. Mitglieder der Kommunistischen Kampforganisation beabsichtigen, wie wir erfahren, den morgigen nationalsozialistischen Boykott gegen die jüdische Greuelheke dazu zu benutzen, um Plünderungen durchzuführen. Die Kommunisten wollen sich dabei der SA-Uniform bedienen, um so getarnt jüdische Geschäfte zu plündern und dadurch eine allgemeine Unruhe in den Städten anzuzetteln. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sogar besondere kommunistische Motorradstaffeln ausschließlich für diesen Zweck zusammengestellt werden, um in Gegenden, die nicht so schnell von der Polizei zu erreichen sind, Plünderungen durchzuführen. Es geht ihnen darum, da sie in SA-Uniform aufzutreten beabsichtigen, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu belästigen, um dem Auslande Material in die Hand zu spielen, mit dem die Greuelheke weiterbetrieben werden soll. Es wird nochmals eindringlich vor diesen Provokateuren gewarnt, da die SA-Mannschaften die strikte Anweisung haben, sich an die Anordnungen des Zentralkomitees zur Abwehr der Greuelheke zu halten, in der ausdrücklich betont wird, daß den Juden kein Haar gekrümmt werden darf.

Gekordn
Sad Liebenzell: Albert Wohlbeber, zum „Lamm“, 50 Jahre alt.

Wetter für Sonntag und Montag
Ueber Spanien liegt Hochdruck, im Nordwesten die Berke Depression. Der Hochdruck herrscht indessen noch vor, so daß für Sonntag und Montag zwar zeitweilige bedecktes, aber vorwiegend trodenes Wetter zu erwarten ist.



Zu Ostern **Kaiser's Festkaffee**
 von Mk. 2,40 das Pfund an
 Kaiser's Tee-Kakao-Schokoladen-
 Pralinen-Bonbons-Keks-Waffeln
 Osterfiguren und Ostereier
 aus Schokolade-Marzipan-Krokant-Dragee
 Alle Artikel zum Backen billig und gut



KAISER'S KAFFEE GESCHAFT
 Rein deutsches Familien-Unternehmen

Tuberkulose-Sprechstunde
 diesen Monat nur einmal am Montag, 3. April, 10-12
 Uhr im Bezirkskrankenhaus.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Gestern früh durfte unser lieber Vater,
 Schwiegervater und Großvater

Johann Wöllper
 Metzgermeister

nach langem Leiden zur ersehnten Ruhe
 heimgehen.

In tiefem Leid
 die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Montag nachmittag 2 Uhr auf
 dem alten Friedhof.

Altensteig.

Todes-Anzeige.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es
 gefallen, meinen lieben, treubesorgten Gatten,
 unseren lieben Vater, Sohn, Bruder u. Schwager

Christian Walz
 von seinem mit Geduld ertragenem Leiden
 zu erlösen.

In tiefem Leid
 die trauernden Hinterbliebenen:
 Emilie Walz geb. Welker
 mit Kind Emma
 der Vater Jakob Walz

Beerdigung Sonntag mittag 3 Uhr, alter Friedhof

Den verehrten Hausfrauen von Altensteig und
 Umgebung, bringe ich zur Kenntnis, daß ich den
 Handel in der hiesigen Lager-Niederlage **selb-**
ständig übernommen habe. Durch langjährige
 Tätigkeit und Erfahrungen in der Lebensmittel-
 Branche bin ich in der Lage, jeden gut und
 umsichtig zu bedienen.

Günstige Einkaufsmöglichkeiten, im Verbands mit anderen
 Geschäftsfreunden, in den Rahmen eines geschlossenen Be-
 zuges gebracht, bieten die Gewähr für eine äußerst preis-
 wertige Bedienung. Stets soll mein erster Grundsatz sein:
 Nur gute Ware zu reellem Preis!

Ich bitte um weitgehendste, frdl. Unterstützung

ERNST RIEDEL
 bisheriger Filialleiter der Fa. Luger.

Die bisher ausgegebenen Rabattmarken werden voll eingelöst!

Altensteig-Stadt
 Zu dem am Dienstag, den 4. ds. Mts. stattfindenden

**Krämer-, Vieh- u.
 Schweinemarkt**



wird hemit eingeladen.

Bürgermeisteramt

Schenkt Bücher!

Solche empfiehlt in großer Auswahl die

Buchhandlung Laub
 Altensteig und Nagold.

... und noch viele zur
billigste Preise!

Wägauer Stangele 1/2
 und ganz reich
 42 und 35
 fast ger. Emmentaler 1.
 Qual. 1/2 Pfd 60 u. 48
 Coamerle 1/2 Pfd. 16
 Dessertkäse 6 teilig.
 Kart. 28

Reines Kakaopulver
 3 Pfd. 21. 85
 Tafelmargarine Pfd. 34
 La Salatöl Liter 18
 feines Tafelöl Liter 80
 Spezial 0 M bis 5 Pfd. 1.05
 Auszugsmehl 5 Pfd. 1.15

Walzkaffee offen P. D. 24
 Milchkaffee 15 % Ig
 1/2 Pfd. 29
 dito 20 % Ig 1/2 Pfd. 35
 frisch gerösteter Kaffee
 1/2 Pfd. 85, 75, 65 u. 55
 feine Maffaroni
 Pfd. 45 und 38
 Gemüse-Kudeln 3 Pfd 1-
 Eier-Kudeln Pfd. 45

LUGER
 E. RIEDEL
 das Haus für Lebens-
 mittel Altensteig.

Sportverein Altensteig.
 Mitglied d. S. F. und L. V.

**Freund-
 schaftsspiel**

am 2. April 1933
 S.V. Tuallingen I
 geg. Sportverein
 Altensteig I. Beginn 1/3 Uhr

Sportverein Tuallingen II
 gegen Sp. B. Altensteig II
 Beginn 1 Uhr

Wir bitten unsere Sportfreunde
 um zahlreichen Besuch.

Zur Saat
 Maria-Gerste
 Roter Schlar-
 städter Weizen
 und Hohenheimer
 Preishaber

empfehlen billigst

Silber, Mühle
 Altensteig

Ärztliche Nachrichten.
 Evangelischer Gottesdienst
 Sonnt. Judika, 2. April, Vor-
 mittagsgottesd. um 1/2 10
 Uhr mit Predigt über die
 Leidensgeschichte.
 Anschließend Konfirmation,
 Lied 408.
 Kirchenopfer für die Diaspora-
 häuser Altschulhaus u. Die-
 terhausen.
 Nachm. 2 Uhr Christenlehre
 mit den Neukonfirmierten.
 Abends 1/2 8 Uhr Gemein-
 schaftsstunde.
 Am Dienstag abend füllt die
 Bibelstunde aus.
 Am Freitag abend 8 Uhr
 Vorbereitungspreisigt und
 Beichte.

Methodistengemeinde.
 Sonntag, den 2. April, vor-
 mittags 1/2 10 Uhr Ein-
 segnungsfeier.
 Vormittags 11 Uhr Sonn-
 tagsschule.
 Abends 8 Uhr Predigt.
 Mittwoch, 5. April, abends
 8 Uhr Bibel- und Gebets-
 versammlung.

Gasthof zum „Grünen Baum“
 Zum besonders guten Film, einen besonders
 guten Stoff, deshalb am Samstag u. Sonntag
Münchner Hackerbräu
 im Ausschank.



Altensteig.

Danksagung.



Für die vielen wohlthuenden Beweise herz-
 licher Teilnahme, welche wir während der
 langen Leidenszeit und beim Heimgang un-
 serer lieben, unvergesslichen Tochter

Martha Müller

erfahren durften, sprechen wir auf diesem
 Wege unsern herzlichsten Dank aus. Beson-
 deren Dank Herrn Stadtpfarrer Horlacher für
 die gespendeten Trostorte, sowie dem Sing-
 chor der hiesigen Methodistengemeinde für
 den schönen, erhebenden Gesang.

Familie Franz Müller.

Markt-Angebot

Damast 130 cm brt. von Mk. -.75 an
 Damastrein miko gebl. 130cm brt. v. M. 1.50 an
 Bett-Kattun 130cm brt. v. -.85, 80cm brt. -.45 an
 Damast-Tischtücher von Mk. 1.95 an
 Damast-Tafeltücher von Mk. 3.70 an
 Indanthrenfbg. Tischdecken v. Mk. 1.10 an
 Frottierhandtücher von Mk. -.38 an
 Frottierbadetücher von Mk. 1.30 an
 Damenhemden von Mk. -.95 an
 Hemdentuch, weiß von Mk. -.35 an
 Linon für Haipfel u. Kissen von Mk. -.52 an
 rohe Tücher m Mk. -.09, -.16, -.25, -.35
 Schürzenstoff, blau von Mk. -.50 an
 Schürzenzeuge von Mk. -.58 an
 Schürzendruck, schwarz 115 brt. v. M. -.80 an
 Waschkleiderstoffe von Mk. -.45 an
 Kleiderstoffe, reine Wolle von Mk. 1.20 an
 Mantelstoffe, modern reine Wolle v. M. 4 60 an
 Vorhanggarnituren, 3 teilig von Mk. 2.30 an
 " " 3 teilig, bunt v. M. 3.50 an
 Landhausgardinen m von Mk. -.12 an
 Gardinenstoffe in sehr großer Auswahl
 Einsatzhemden von Mk. -.95 an
 Cravattenhemden für Herren von Mk. 2.95 an
 Cravattenhemden für Knaben v. Mk. 1.95 an
 Schlafdecken Mk. 1.-, 2.-, 2.50, 2.80
 Vieh-, und Pferddecke v. Mk. 3.50 an
 weiche kamelhaarfbg. Wolldecken v. Mk. 7.- an

Reinhold Hayer, Altensteig

